

Sachdokumentation:

Signatur: DS 25

Permalink: [www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/25](http://www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/25)



### Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

### Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

# Programm BDP Schweiz 2015 – 2019

*September 2015*



**Bürgerlich-Demokratische  
Partei Schweiz**

## **Inhaltsverzeichnis**

- Einleitende Bemerkungen
- Unser Verständnis von Politik
- Erfolge der BDP 2011-2015
- 1 Die Schweiz und Europa
- 2 Energie/Umwelt
- 3 Generationenvertrag
- 4 Liberale Gesellschaft
- 5 Raumplanung
- 6 Sicherheit
- 7 Bildung
- 8 Aussenpolitik
- 9 Frauen und Jugend
- 10 Finanzen
- 11 Gesundheit
- 12 Demokratie und Rechtsstaat
- 13 Einwanderung
- 14 Wirtschaft
- 15 Mobilität

## **Einleitende Bemerkungen**

Das vorliegende Programm gibt bewusst nicht zu allen politischen Fragestellungen Antworten.

Wir konzentrieren uns auf knapp formulierte Grundsätze mit entsprechenden zusätzlichen Kommentaren und Vertiefungen.

Ergänzend zu diesen Grundsätzen legt die BDP von Fall zu Fall in Positionspapieren dar, wie sie aktuelle Probleme in einzelnen Politikbereichen lösen will.

September 2015

## Erfolge der BDP 2011- 2015

- **Geordneter Atomausstieg:**

Diesen hat die BDP im Frühling 2011 als erste bürgerliche Partei gefordert und sie steht ohne Wenn und Aber hinter der [Energiewende](#) und der Energielenkungsabgabe. In der Debatte [Energiestrategie 2050](#) im Nationalrat in der Wintersession 2014 hat die BDP hat die BDP beim Bonus / Malus-System ihren Antrag durchsetzen können und hat in der ganzen Debatte zusammen mit der konstruktiven Mitte entscheidende Pflöcke einschlagen können.

- **Automatischer Informationsaustausch / Sauberer Finanzplatz:**

Die BDP hat als erste bürgerliche Partei bereits 2012 den [Automatischen Informationsaustausch](#) nach OECD-Standard gefordert und sich von Beginn an für eine Weissgeldstrategie eingesetzt.

- **Bilateraler Weg / Flankierende Massnahmen / Fachkräftemangel:**

Die [BDP](#) hat lange vor dem 9. Februar 2014 immer wieder darauf hingewiesen und gefordert, dass die [Flankierenden Massnahmen](#) verschärft und der [Fachkräftemangel](#) schnell und effizient angegangen werden muss. Nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative hat die BDP dem Bundesrat als erste Partei [konkrete Lösungsvorschläge](#) unterbreitet, die Anfang dieses Jahr von den Wirtschaftsverbänden und anderen Parteien übernommen wurden. Die BDP war zudem die erste Partei, welche das [Verhältnis zu Europa](#) in der Verfassung verankern will.

- **Altersvorsorge 2020:**

Die BDP hat als erste Partei bei der AHV und IV im Jahr 2011 eine [Schuldenbremse](#) gefordert. Zudem hat die [BDP](#) ein Lösungspaket für eine sichere Altersvorsorge auch für die künftigen Generationen vorgeschlagen, zu dem beispielsweise die Indexierung des Rentenalters an die Lebenserwartung gehört. Zudem hat die BDP Anfang September ihr [Generationenprojekt](#) präsentiert.

- **Frauenpower:**

Die [BDP](#) setzt sich immer wieder konsequent für bessere Rahmenbedingungen für berufstätige Mütter ein. Dank der BDP wird die [familienergänzende Kinderbetreuung](#) weiterfinanziert.

- **Abschaffung der Heiratsstrafe:**

Die BDP hat diese Forderung via [Fraktionsvorstoss](#) bereits im Herbst 2011 als erste Partei gefordert.

- **Eidgenössische Abstimmungen:**

Die BDP hat 2014 zusammen mit der glp am meisten nationale Volksabstimmungen gewonnen und sich zu einem „Themen-Trendsetter“ entwickelt.

## 1 Die Schweiz und Europa

**Das Verhältnis zu Europa ist für unser Land in sehr bedeutsam. Die BDP lehnt einen Beitritt der Schweiz in die EU ab, will aber auch keine Abschottung unseres Landes zulassen. Die BDP unterstützt klar und unmissverständlich den bilateralen Weg und steht zur Personenfreizügigkeit.**

Die Schweiz liegt mitten in Europa und ist Teil der europäischen Nationen- und Staaten-familie. Viele wichtige kulturelle Gemeinsamkeiten prägen uns als Europäer: Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaat, soziale Marktwirtschaft, christliche Grundwerte. Wirtschaftlich ist unser Land sehr stark mit diesem Europa verknüpft. Europas Schicksal ist von grösster Bedeutung für unser eigenes. Unabhängig davon, ob die EU als Projekt Europas als gut oder schlecht beurteilt wird, steht fest, dass die Schweiz im eigenen Interesse solide, pragmatische und freundschaftliche Beziehungen zur EU pflegen muss und will. Auf Dauer könnten wir uns massive Dauerkonflikte mit der EU nicht leisten. Europa kann notfalls ohne die Schweiz leben, die Schweiz ohne Europa wohl kaum. Unsere Exporte und Importe in und aus der EU sind von überragender Bedeutung. Diese Erkenntnis darf uns jedoch nicht dazu verleiten, unsere Interessen nicht mit Nachdruck und Selbstbewusstsein zu vertreten. Unsere Europapolitik muss die Bemühungen um die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität des Kontinentes unterstützen. Dies ist ganz klar im Interesse unseres Landes und dessen Selbstbestimmung. Frieden und Stabilität in Europa sind Voraussetzung und Fundament für die eigene freiheitliche Entwicklung. Ein EU-Beitritt ist aus Sicht der BDP kein Ziel schweizerischer Aussenpolitik. Aktuell und auch in Zukunft sind die Beziehungen zur EU ohne Beitritt genügend gestaltbar. Diese Position ist immer wieder zu überprüfen. Entscheidend ist dabei nicht eine ideologisch sture nationalistische Haltung, sondern das Wohl und die Interessen unserer Bevölkerung und unseres Landes. Wir sehen die Zusammenarbeit der Schweiz mit der EU und die Wahrung unserer Interessen primär im Rahmen bilateraler Verträge bei allen sich stellenden Problemen. Dabei wird die BDP auch einen institutionellen Rahmen akzeptieren. *Hinweis: Siehe auch Aussenpolitik (Punkt 8).*

## 2 Energie/Umwelt

**Die BDP steht ohne Wenn und Aber hinter einer nach Wettbewerb und bürgerlichen Kriterien ausgerichteten Energiewende. Diese klare Haltung der BDP unterscheidet Energiepolitik deutlich von anderen bürgerlichen Parteien. Kaum mehr vertretbare Kosten, mangelnde Akzeptanz und Verantwortung gegenüber künftigen Generationen erfordern den stufenweisen Ausstieg aus der Kernenergie. Die Versorgungssicherheit bei der Energie ist auch in Zukunft von zentraler Bedeutung. Die BDP schenkt der Umwelt ihre volle Aufmerksamkeit. Sowohl bei der Umsetzung der Ziele der Energie- wie auch der Umweltpolitik stehen Verursacherprinzip und Anreizsysteme gegenüber direkten staatlichen Eingriffen klar im Vordergrund. Lenkungsabgaben müssen dabei als marktwirtschaftliches Instrument eine wichtige Rolle spielen.**

Mit dem geordneten Ausstieg aus der Kernenergie (Nutzung bisheriger AKW, aber keine neuen bauen) will die BDP für die Zeit der Energiewende die Versorgung sicherstellen und die getätigten Investitionen schützen. Gleichzeitig bietet der Ausstieg grosse wirtschaftliche Chancen (Innovationspotenzial). Die Energieeffizienz muss bei allen Energieträgern gefördert werden. Bei der Schlüsselenergie Elektrizität setzt die BDP vor allem auf Wasserkraft. Die Bewilligungsverfahren müssen beschleunigt werden. Für die Umsetzung der Energiestrategie 2050 setzt die BDP vor allem auf das System der Lenkungsabgaben, welche haushaltsneutral und fiskalquotenneutral sein sollen. Projekte im Bereich der alternativen Energien lassen sich in vielen Fällen wirtschaftlich erfolgreich betreiben. Für energieintensive Betriebe und Randregionen sind Abfederungsmassnahmen vorzusehen. Für die Schweiz ist eine gut funktionierende Energieversorgung von entscheidender Bedeutung. Energie und insbesondere Elektrizität sind aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken. Beide begleiten uns am Arbeitsplatz, in der eigenen Wohnung und in der Freizeit. Eine ausreichende, wirtschaftliche, vielseitige und umweltschonende Energieversorgung bildet deshalb die Voraussetzung für eine prosperierende Entwicklung der Volkswirtschaft. Wir unterstützen die bundesrätliche Energiestrategie auch, weil es Zeit wird, die Abhängigkeit unseres Landes vom Import-Oel zu reduzieren. Der wirtschaftliche Nutzen der Energieproduktion im Bereich erneuerbarer Energien ist hoch zu gewichten. Innovativen Projekten zur Nutzung alternativer Energiequellen (Solar, Wind, Wasser etc.) ist mit geeigneten Lockerungen der Bau- und Schutzgesetzgebung der nötige Spielraum zur Realisierung zu geben. Die Förderung erneuerbarer Energien ist ein Weg, der es uns erlaubt, die Wertschöpfungskette grösstenteils in unseren Regionen zu halten. Natürliche einheimische Energierohstoffe garantieren eine grosse Verfügbarkeit im eigenen Land und einen zusätzlichen Verdienstzweig in der Schweiz. Die erneuerbaren Energien bieten bei entsprechender Förderung einiges Potenzial für die langfristige Sicherstellung der Energieversorgung. Der inländischen Stromerzeugung muss Priorität eingeräumt werden. Eine Abstützung der Energieversorgung auf Importen ist nicht erstrebenswert, weil bei dieser Lösung die Investitionen und die Wertschöpfung exportiert würden und bei Versorgungsengpässen Lieferschwierigkeiten zu erwarten wären. Die Umsetzung der Energiewende ist zugleich beste Umweltpolitik, insbesondere die Reduktion des Ausstosses von CO<sub>2</sub>. Wir erkennen die Veränderungen der Umweltbedingungen, hervorgerufen durch die Erwärmung des Weltklimas. Wir anerkennen den Handlungsbedarf zum Schutze unserer Umwelt als Investition in die nächsten Generationen.

### 3 Generationenvertrag

**Die Altersvorsorge ist finanziell so zu stabilisieren, dass auch künftige Generationen davon profitieren können. Der soziale und materielle Ausgleich zwischen den Generationen ist für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft von grosser Bedeutung. Die demografische Entwicklung erfordert zwingend tragfähige Reformen, insbesondere zum Schutz der Interessen der nächsten Generationen.**

Das Drei-Säulen-System, welches sich grundsätzlich bewährt hat, wollen wir erhalten. Mit der schrittweisen Schaffung von Anreizen, über die Altersgrenze hinaus zu arbeiten, mit der Beseitigung von negativen Anreizen für die Anstellung von älteren Arbeitnehmenden und mit flexiblen Lohn-, Arbeits- und Altersteilzeitmodellen wollen wir für entsprechende Reformen eintreten. Die BDP will die Grundelemente des Systems und deren Stärken beibehalten, nämlich Umlageverfahren und Solidarität zwischen den Einkommensgruppen bei der AHV, das Kapitaldeckungsverfahren beim BVG sowie das Obligatorium bei der Krankenversicherung. Bei der Finanzierung der AHV und des BVG ist eine weiter wachsende Lohnbelastung strikte abzulehnen, weil dies die internationale Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft beeinträchtigt. Die Anzahl Rentnerinnen und Rentner nimmt im Verhältnis zu den Erwerbstätigen zu. Der damit verbundene Mittelbedarf darf nicht einseitig auf die Erwerbstätigen abgewälzt werden. Mit einer automatischen Verknüpfung von Rentenalter und Lebenserwartung kann den ökonomischen Realitäten Rechnung getragen werden. Die BDP will alles daran setzen, um den Generationenvertrag einerseits und die Verteilung der Lasten auf Staat, Wirtschaft, Erwerbstätige sowie Senioren andererseits möglichst gerecht zu gestalten. Die Staatsausgaben im Sozialbereich dürfen im Verhältnis zum BIP nicht mehr weiter steigen. Die private Vorsorge dagegen muss entschieden mehr und nachhaltig gefördert werden.

#### 4 Liberale Gesellschaft

**Auch in einer modernen Gesellschaft bildet die Geborgenheit im Leben jedes einzelnen Menschen eine bedeutende Rolle. Die Familie ist ein solch wichtiges Zuhause. Die BDP spielt die unterschiedlichen Formen des privaten Zusammenlebens ausdrücklich nicht gegeneinander aus, sondern akzeptiert und unterstützt sie alle gleich.**

Entscheidend ist die Tatsache, dass sich die Menschen in ihren kleinsten privaten häuslichen Gemeinschaften wohl fühlen, sich solidarisch verhalten, den Kindern einen Hort der Geborgenheit geben und ihnen Werte sowie soziales Verhalten vermitteln. Kinder und damit deren häusliche Gemeinschaften müssen beste Rahmenbedingungen haben. Da kommt der Staat nicht darum herum, seine gezielten Beiträge zu leisten. Aber auch die Wirtschaft muss es vermehrt ermöglichen, dass Männer und Frauen mit neueren Lebensformen sich sowohl den familiären wie auch den beruflichen Aufgaben widmen können. Die BDP setzt sich in diesem Sinne für die Stärkung und Verbesserung der Lebenssituation der Familien und Kinder ein, insbesondere für optimale Rahmenbedingungen wie Blockzeiten, Tagesschulen und familienergänzende Betreuungen. Dem Wohl des Kindes ist immer hohe Priorität einzuräumen. Die BDP will ein vom Zivilstand unabhängiges Steuer- und Rentensystem sowie eine angemessene Entlastung für jene, welche für Kinder sorgen. Liberal heisst für die BDP auch gesellschaftsliberal; sie respektiert und schützt die individuelle und persönlich gefällten Entscheide bezüglich der Lebensformen. Es ist nicht Sache des Gesetzgebers, sexuelle Orientierungen zu bevorzugen oder zu benachteiligen. Mit dieser Haltung differenziert sich die BDP als bürgerliche Partei bewusst von Parteien mit wertkonservativen Gesellschaftspolitiken.

## 5 Raumplanung

**Die BDP will eine nachhaltige Entwicklung ermöglichen und dabei zum Erhalt von möglichst viel wertvollem Kulturland beitragen. Die Raumplanung muss gewährleisten, dass konsequent verdichteter gebaut, eine bessere Nutzung bestehender Bausubstanz ermöglicht und die Lockerung der Waldgesetzgebung realisiert wird. Eine nachhaltig produzierende Landwirtschaft soll einen wesentlichen Beitrag zur Pflege der Kulturlandschaft leisten.**

Die BDP setzt sich für die dezentrale Besiedelung der Schweiz und für die damit verbundenen Massnahmen ein. Eine wesentliche Stärke der schweizerischen Gesellschaft ist deren Zusammenhalt über die verschiedenen geografischen Regionen hinaus. Diesen Grundwert gilt es zu erhalten. Eine lebendige dezentrale Besiedelung ist Garant für eine vielfältige Kultur und trägt zur Bewahrung der vielen Traditionen unserer Gesellschaft bei. Wir setzen uns für eine Förderung der ländlichen Regionen ein, indem wir gezielt die Stärken der jeweiligen Räume fördern. Dabei achten wir auf einen effizienten Mitteleinsatz. Indem wichtige öffentliche Grundinfrastrukturen dezentral angesiedelt bleiben, sorgen wir für dynamische Regionalzentren. In diesen müssen sehr gute Aus- und Weiterbildungsangebote bestehen. Im Rahmen der Strukturreformen in der Landwirtschaft werden zukünftig zahl-reiche Gebäude nicht mehr für die Produktion genutzt. Die Raumplanungsgesetzgebung ist dahingehend anzupassen, dass eine rasche, unbürokratische Umnutzung dieser Bausubstanz erreicht werden kann. Durch gezielte Massnahmen fördern wir das Verständnis und das Miteinander der Landregionen mit den Zentren und umgekehrt.

## 6 Sicherheit

**Die BDP setzt sich für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik ein und steht zum Auftrag der Armee. Auslandseinsätze nach bisherigen Grundsätzen sollen auch in Zukunft möglich sein. Die Sicherheit im Innern muss durch klar definierte Zusammenarbeit aller Beteiligten wie kantonale Polizeikorps, Grenzschutz, Nachrichtendienste, Bevölkerungsschutz unter anderem gestärkt werden. Gewalt im öffentlichen Raum und Kriminalität sind konsequent zu bekämpfen. Unsere Bevölkerung und unsere Unternehmungen müssen auch vor Cyber-Attacken geschützt werden.**

Die BDP setzt sich für eine schlagkräftige Armee mit klar definierten Aufträgen ein. Die Armee verteidigt die Schweiz und ihre Bevölkerung. Sie unterstützt die zivilen Behörden, wenn deren Mittel nicht mehr ausreichen, und sie leistet Beiträge zur internationalen Friedensförderung. Ein militärischer Angriff erscheint heute zwar wenig wahrscheinlich, kann aber nicht für alle Zukunft ausgeschlossen werden. Die Armee muss deshalb in der Lage sein, einen möglichen Angriff abzuwehren. Das bedingt, dass ihr die dazu nötigen finanziellen Mittel zugesprochen werden. Die Unterstützungseinsätze der Armee zugunsten der zivilen Behörden im Inland sollen nur subsidiär erfolgen, zeitlich begrenzt sein und sich auf grosse Ereignisse beschränken. Kooperation ist weiterhin die richtige sicherheitspolitische Grundstrategie, sowohl im Inland wie auch gegen aussen. An den internationale Zusammenarbeit im allen Bereichen der äusseren und inneren Sicherheit muss sich die Schweiz aktiv beteiligen. Dies allerdings nur so weit, wie es unsere Neutralität zulässt. Besondere sicherheitsrelevante Anstrengungen mit zusätzlichen Ressourcen sind im Bereich der digitalen Vernetzung (Cyber, IT) absolut prioritär. Ein Beitritt zu einem Verteidigungsbündnis ist ausgeschlossen. Am Milizsystem ist festzuhalten. Dieses sorgt dafür, dass die Armee in der Bevölkerung verankert bleibt und dass sie vom Wissen und den Fähigkeiten der Bürgerinnen und Bürger profitieren kann.

Die Bürgerinnen und Bürger der Schweiz müssen sich Tag und Nacht ohne Angst in unserer Öffentlichkeit bewegen können. Die öffentliche Sicherheit ist ein Grundpfeiler des staatlichen Auftrages. Sie muss vom Gemeinwesen erfüllt werden. Tätigkeiten und Verhalten, die die öffentliche Sicherheit gefährden, sind zu unterbinden. Unbewilligte Demonstrationen werden nicht toleriert und von den politischen Verantwortungsträgern und der Polizei verhindert. Gewalt und Sachbeschädigung im öffentlichen Raum werden rigoros geahndet. Vermummte werden verzeigt. Bettelverbote sind zu prüfen. Wer den öffentlichen Raum mit Dreck, Müll oder Sprayereien verunstaltet, muss dafür die Verantwortung übernehmen. Wir sind uns sehr wohl bewusst, dass diese Forderungen mehr Polizei verlangt. Wir stellen uns dieser Verantwortung und sind bereit, die finanziellen Konsequenzen mitzutragen.

Ebenso setzen wir uns für ein härteres und konsequenteres Strafrecht ein, dessen heutige Anwendung zunehmend auf Unverständnis stösst. Insbesondere im Bereich von Sexualdelikten – vor allem gegenüber Minderjährigen – besteht Handlungsbedarf für Verschärfungen.

## 7 Bildung

**Die BDP setzt sich für ein überdurchschnittlich gutes Bildungssystem ein, das Chancengleichheit für alle gewährt. Das obligatorische Erlernen einer anderen Landessprache in der Volksschule fördert den nationalen Zusammenhalt. Das duale Berufsbildungssystem und die Höhere Berufsbildung müssen weiter gestärkt werden; diese sollen vor allem den Nachwuchs inländischer Fachkräfte fördern und sich nach den Bedürfnissen der Wirtschaft richten. Die Förderung des einheimischen wissenschaftlichen Nachwuchses muss in den nächsten Jahren stärker werden.**

Bildung ist der Rohstoff der Schweiz. Das bedeutet, dass wir ganz besondere Anstrengungen im Bereich der Bildung, Ausbildung, Entwicklung und Forschung unternehmen müssen. Dabei gilt es, sich an den steigenden Leistungen anderer Völker weltweit zu messen. Der globale Wettbewerb wird auf den Feldern der Bildung und Innovationskraft entschieden werden. Wir dürfen stolz sein auf das recht gute Bildungssystem in der Schweiz, sollten dabei aber kritisch bleiben. Wir haben dafür zu sorgen, dass alle in den Genuss einer guten soliden Bildung kommen, also auch die Schwachen. Aber wir brauchen auch Eliten, überdurchschnittlich Begabte und Leistungsorientierte. Diese gilt es besonders zu fördern; sie sind in Zukunft für den Wohlstand des ganzen Volkes von grosser Bedeutung. Leistungsorientierung im Bildungswesen ist richtig. Schweizweite Harmonisierung der Lehrziele in der Volksschule ist richtig; der Lehrplan 21 bildet dazu eine gemeinsame Grundlage. Mit der gesellschaftlichen Entwicklung und immer arbeitsteiligeren Wirtschaft ist es notwendig, dass die Eltern bei der Wahrnehmung ihrer unerlässlichen privaten Verantwortung für Erziehung und Förderung von der Gemeinschaft unterstützt werden. Tagesstrukturen wie Mittagstisch und Randstundenbetreuung ermöglichen Eltern, Beruf und Familie zu vereinbaren. Wir weisen der Aus- und Weiterbildung der pädagogischen Fachpersonen eine hohe Bedeutung zu. Sie verdienen Anerkennung und müssen im Berufsalltag mit guten Arbeitsbedingungen unterstützt werden. Das „duale System“ der beruflichen Bildung muss in unserem Land auch in Zukunft besonders gefördert und weiterentwickelt werden. Dabei ist der Ausbildung von mittleren Kadern (Höhere Berufsbildung) besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Einzelne Universitäten und Fachhochschulen sollen für ihren Kampf im internationalen Wettbewerb von Staat und Wirtschaft stärker als bisher unterstützt werden. Staat und Privat im Verbund sind erfolgreich. Der Privatisierung der Volksschulen steht die BDP kritisch gegenüber. Die Staatsschule muss durch internen Wettbewerb gestärkt werden. Der sozialen Durchmischung in der Volksschule kommt gesellschaftspolitische und daher auch staatspolitische Bedeutung zu. In einem abgesteckten Rahmen sollen sich die Privatschulen auf der Volksschulebene weiterentwickeln können. Private Trägerschaften auf der Sekstufe II und im Tertiärbereich will die BDP bewusst fördern.

## 8 Aussenpolitik

**Aussenpolitik bedeutet für die BDP die Vertretung der Interessen unseres Landes und ausdrücklich nicht das Verfolgen ideologischer linker oder rechts-nationaler Ziele. Die BDP unterstützt eine aktive Rolle der Schweiz in der UNO, der OECD, der OSZE und anderen internationalen Organisationen. Die Schweiz soll neutral bleiben.**

Viele internationale Abkommen dienen unserer Sicherheit, insbesondere auch der internationalen Rechtssicherheit (bilaterale Abkommen, Handelsrecht, Völkerrecht u.a.). Diese ist für ein rohstoffarmes Binnenland wie die Schweiz mit einer kleinen Bevölkerungszahl, aber in hohem Grade wirtschaftlich weltweit verflochten, von grösstem Interesse und Nutzen. In diesem Sinne sind aussenpolitische Aktivitäten, auch wenn sie nicht immer auf Anhieb als „nützlich“ erkannt werden, für die Schweiz ausserordentlich wichtig. Aussenpolitik mit qualitativ hochstehender Diplomatie dient der Vertretung der Interessen der Schweiz und bietet zudem die Möglichkeit, unsere Solidarität mit der Welt unter Beweis zu stellen; eine Solidarität, auf die wir in ganz besonderem Masse selbst auch angewiesen sind. Unser Land muss substanzielle Entwicklungshilfe leisten. Der Stellenwert der Aussenpolitik wird wegen der verstärkten Globalisierung in verschiedensten Bereichen für unser Land an Bedeutung zunehmen. In vielen Bereichen ist Aussenpolitik schon Innenpolitik und wird es noch mehr werden. Die BDP will daher im Interesse unserer Bevölkerung der Aussenpolitik besondere Aufmerksamkeit schenken. Durch die stete Weiterentwicklung der Wissenschaft und Technologie sind die nationalen Grenzen zwangs-weise, also ob gewollt oder nicht gewollt, durchlässiger geworden. Die Informationsflüsse (Internet...!), die Digitalisierung, die Mobilität, die riesigen Transportkapazitäten sowie die enormen Kapitalverschiebungen zwingen die traditionellen Nationalstaaten zu mehr Kooperation. In ihrem eigenen Interesse ist die Schweiz gut beraten, sich bei vielen weltweit tätigen Organisationen und Institutionen zu engagieren. Natürlich sind viele internationale Organisationen nicht so effizient und bleiben oft im Debattieren stecken. Dennoch dürfen die Leistungen z.B. der UNO und etlicher ihrer Unterorganisationen nicht unterschätzt werden (Feststellen von Entwicklungen, Informations- und Meinungs austausch). Mitgestalten ist allemal besser als nur nachvollziehen, was andere bestimmt haben. Durch aktives Mitmachen können wir neben sinnvollen Beiträgen zur Lösungsfindung internationaler Probleme auch stets für die spezifischen Anliegen unseres Landes werben und eintreten. Aussenpolitik ist immer auch Vertretung der eigenen Interessen. Neben der humanitären Idee für die ganze Menschheit ist es auch für uns selbst gut, wenn es gelingt, durch die Schaffung gegenseitiger Abhängigkeiten Kriege zu verhindern oder zumindest sehr zu erschweren. Schengen/Dublin dient der Sicherheit unseres Landes. Eine Isolierung beim Informationsaustausch und der Zusammenarbeit im Bereich der europäischen Polizeiarbeit wäre für unser Land langfristig von grossem Nachteil. Die Schweiz soll ihre traditionelle militärische Neutralität gemäss internationaler Anerkennung beibehalten und sie auch zu einer aktiven Aussenpolitik nutzen.

## 9 Frauen und Jugend

**Die Frauen sind bei der Besetzung von Kaderpositionen und öffentlicher Ämter gleichwertig zu berücksichtigen. Dies ist ein Anspruch auch an uns selbst. Die Interessen und Anliegen der Jugend sind wichtig und müssen besser berücksichtigt werden (z.B. Umwandlungssatz bei der Pensionskasse). Den Jungen gehört die Zukunft. Deshalb sind sie in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen.**

Die BDP will Frauen bewusst und gezielt fördern. Dies ist eine konkrete Verpflichtung für alle Gremien und Repräsentanten/innen der Partei. Dort, wo sich Chancen bieten, qualifizierte Frauen in Kaderpositionen zu bringen oder in öffentliche Ämter zu wählen, sollen die BDP und ihre Vertreter/innen aktiv werden. Starre Quoten lehnen wir klar ab. Es ist selbstverständlich, dass nicht eine Frau einem Mann vorgezogen wird, nur weil sie eine Frau ist; die Qualifikation muss bei beiden Geschlechtern stimmen. Wir sind aber der Meinung, dass es noch zu wenig Frauen in Führungspositionen hat. Frauen bringen mit ihrer Lebensbiografie andere Werte und Eigenschaften ein. Eine gute Durchmischung der Geschlechter auf möglichst allen Stufen muss mit der Zeit ganz normal sein. Alle werden davon profitieren. Manche Frauen sind trotz ihrer guten Qualifikation manchmal nicht bereit, Karriereschritte zu machen, aus verschiedensten Gründen. Wir wollen nicht drängen und „erzwingen“, aber ermutigen. Dazu gehört auch, dass sich die BDP konsequent für die Lohngleichheit einsetzt. Dies ist nicht durch mehr staatliche Vorschriften zu erreichen, sondern durch Überzeugungsarbeit und konkretes Handeln. Die BDP will diese Politik auch bei sich selbst umsetzen und sich daran messen lassen.

Die jungen Bürgerinnen und Bürger bilden das zukünftige Rückgrat unserer Gesellschaft. Das politische Verständnis, das wir ihnen heute vermitteln, wird sich in der künftigen Politik ausdrücken. Wir wollen unseren jungen Mitgliedern eine Politik der Verantwortung und des gegenseitigen Respekts vorleben. Eine Politik, die auf Eigenverantwortung und der Akzeptanz der Andersdenkenden basiert. Eine Ideologie, die möglichst alle gesellschaftlichen Verantwortungen dem Staat übertragen will, ist genauso zukunftsfeindlich, wie ein System der Ausgrenzung und der Intoleranz. Die junge Bevölkerungsschicht hat immer grössere Soziallasten zu tragen. Damit der Generationenvertrag nicht ins Wanken kommt, müssen die Jungen für ihre Aufgaben sensibilisiert werden. Andererseits darf die Gesellschaft die Soziallasten nicht immer konzentrierter den Jungen aufbürden. Vielmehr müssen Finanzierungssysteme gefunden werden, welche die Jungen, insbesondere die jungen Familien, wieder vermehrt entlasten – auch bei den Sozialabgaben.

## 10 Finanzen

**Die öffentliche Hand hat mit ihren finanziellen Mitteln haushälterisch umzugehen und soll sich strikte an sich an strenge Regelungen halten. Sowohl die Staatsquote wie auch die Fiskalquote dürfen sich nicht mehr erhöhen. Neue Steuern und Abgaben bekämpft die BDP konsequent.**

Es geht derjenigen Landesbevölkerung gut, deren Wirtschaft gut läuft. Die Wirtschaft braucht stabile finanzpolitische Rahmenbedingungen bei guten und effizienten staatlichen Dienstleistungen sowie möglichst tiefen Steuern. Der Staat muss deshalb ebenso leistungsfähig wie schlank sein. Die demographische Entwicklung wird die sozialen Sicherungssysteme und die öffentlichen Haushalte allerdings in steigendem Masse belasten. Gleichzeitig erfordert der nationale und internationale Standortwettbewerb, dass der Staat Handlungsspielräume schafft, um auf neue Entwicklungen zu reagieren. Erforderlich sind insbesondere Mittel, um gezielt zukunftsgerichtete politische Schwerpunkte zu setzen, namentlich in den Bereichen Bildung, Forschung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit. Nur finanziell gesunde öffentliche Haushalte sind in der Lage, diese mannigfaltigen Herausforderungen zu bewältigen, ohne dabei künftige Generationen mit der Anhäufung von Schulden zu belasten. Der Schuldenstand von Bund und Kantonen ist deshalb weiterhin entschlossen zurückzuführen. Eine dem Grundsatz der konsequenten Entschuldung folgende Politik stärkt das Vertrauen und die Investitionsbereitschaft von Bürgern und Bürgerinnen und Unternehmen in den eigenen Wirtschaftsstandort. Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Der Wohlstand unseres Landes ist gefährdet, wenn er auf Dauer mehr ausgibt, als er einnimmt. Im Sinne der Generationengerechtigkeit gilt: Übermässige Staatsverschuldung ist unsozial.

## 11 Gesundheit

**Die Gesundheitspolitik stellt die Grundversorgung und Pflege für alle sicher und fördert die Spitzenmedizin. Dabei sind Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Leistungserbringern ermöglichen.**

Die ambulante und stationäre medizinische Grundversorgung und Pflege muss für alle Versichertengruppen sichergestellt sein. Wir fordern Rahmenbedingungen, die eine unverzichtbare, qualitativ hochstehende Hausarztmedizin fördern. Die Hausärzte nehmen in der Grundversorgung eine zentrale Rolle ein; deshalb ist ihre Position zu stärken. Die Einführung geeigneter Qualitäts- und Kostenkriterien erleichtert objektiv begründbare Strukturentscheide im Bereich der öffentlichen und privaten Spitäler und verschafft den Bürgerinnen und Bürgern höhere Transparenz. Wir unterstützen die Weiterentwicklung der Spitzenmedizin unter Berücksichtigung klarer ethischer Leitlinien. Eine Vernetzung der Universitätskliniken in der Schweiz und im angrenzenden Ausland sowie eine sinnvolle Konzentration der hochspezialisierten Angebote auf weniger Standorte als heute ist uns aus Qualitäts- und Kostengründen wichtig. Die Pflege in Spitälern, Heimen, vor allem aber auch durch die Spitex zu Hause wird in Zukunft mehr personelle Ressourcen erfordern. Palliativmedizin- und -pflege ist an möglichst vielen Standorten zu ermöglichen. Der Ausbildung in den Pflegeberufen ist deshalb besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

## 12 Demokratie und Rechtsstaat

**Für die BDP gehören Demokratie und Rechtsstaat zusammen. Die Entwicklung in vielen Ländern zeigt uns, dass die Demokratie Schaden nimmt, wenn es keinen funktionierenden Rechtsstaat mit entsprechender Gewaltenteilung gibt.**

Unser Rechtsstaat ist Garant für die korrekte Umsetzung des Volkswillens und den Schutz der Rechte der Bürgerinnen und Bürger. Wir setzen uns für einen gut funktionierenden Rechtsstaat und für die Stärkung der Grundpfeiler, auf welche er sich stützt. In einer liberalen Demokratie ist es Aufgabe des Rechtsstaates, Sicherheit für alle zu garantieren. Rechtsfreie Räume dürfen nicht toleriert werden. Nebst den Gefahren, die davon ausgehen, destabilisiert die damit einhergehende Unsicherheit unsere Demokratie; Bürgerinnen und Bürger, welche in solchen Räumen Opfer von Angriffen werden, verlieren das Vertrauen in unsere Behörden. Die BDP setzt sich daher entschieden für die Garantie der Sicherheit und Freiheit ein. Wir wollen eine leistungsfähige Verwaltung, im Dienste von Bürgerinnen und Bürgern. In einer Demokratie garantiert der Rechtsstaat seinen Bürgerinnen und Bürgern ein hohes Mass an Mitwirkung. Der Staat ist verpflichtet, dem Volkswillen Nachachtung zu verschaffen. Die BDP verlangt daher von der Politik und der Verwaltung einen hohen Respekt vor Volksentscheiden, verbunden mit einer Verpflichtung zur strikten Sachlichkeit. Die Teilung der Gewalten in Judikative, Legislative und Exekutive garantiert das gute Funktionieren unserer Demokratie. Alle Beteiligten sind angehalten, die Gewaltenteilung strikte zu respektieren. Gerichtentscheide sind zu respektieren. Die Menschenrechte sind fundamentale Rechte für alle Menschen. Nationale Grenzen haben da keinen Sinn. Die Schweiz soll sich klar zur EMRK bekennen und aktiv dafür einstehen. (*Hinweis: Siehe auch Punkt Nr. 6 Sicherheit*).

## 13 Einwanderungspolitik

**Die Ausländerpolitik muss klare und durchsetzbare Regeln haben. Die Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften ist wirtschaftlich notwendig. Die EU ist diesbezüglich der wichtigste Partner. Die Personenfreizügigkeit ist im Interesse der Schweiz. Integration ist aktiv zu betreiben und einzufordern.**

Die Steuerung der Zuwanderung muss sich primär nach den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes ausrichten. Qualifizierte Arbeitskräfte sind primär aus dem EU/EFTA-Raum zu rekrutieren, von ausserhalb nur, wenn es im genannten europäischen Raum keine gibt. Geringer qualifizierte Arbeitskräfte sollen von ausserhalb des EU/EFTA-Raumes grundsätzlich nicht rekrutiert werden dürfen. Ausnahmen dazu müssen gesetzlich geregelt werden. Bei der Asylpolitik ist der Missbrauch auf jeden Fall streng zu ahnden. Dabei darf auch nicht vor unpopulären Massnahmen zurückgeschreckt werden. Das eigentliche Recht auf Asyl soll durch konsequente Bekämpfung der Missbräuche gestärkt werden. An Leib und Leben bedrohten Menschen aus anderen Ländern soll die Schweiz selbstverständlich Schutz bieten. Die Schweiz muss alles daran setzen, im Bereich der Asylpolitik sehr eng mit den Nachbarländern und den europäischen Institutionen zusammenzuarbeiten. Migrationsströme sind ein weltweites und insbesondere auch europäisches Problem, welches an Brisanz zunehmen wird. Deshalb ist hier auch die aktive Beteiligung der Schweiz an der Erarbeitung internationalen Standards nötig und wichtig. Integrationsmassnahmen sind vom Staat durchzusetzen. Von den Ausländern muss ein aktives Bemühen um Integration eingefordert werden. Wer sich bewusst nicht integrieren oder unsere Verfassung respektieren will, hat bei uns kein Gastrecht. Die BDP will dazu beitragen, dass die Unterschiede zwischen der Personenfreizügigkeit (Schweiz/EU) und den Problemen des Asylrechtes, insbesondere der Asylgewährung, klar unterschieden wird.

## 14 Wirtschaft

**Die Grundlage für Wachstum und Wohlstand sind Handeln in Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft. Die Exportwirtschaft wie auch der Finanzplatz sind durch Ausbau und Sicherung international abgesicherte Regeln und Verträge zu stärken. Der Mittelstand muss vor weiteren administrativen und steuerlichen Belastungen geschützt werden.**

Freiheit und Marktwirtschaft sind unverzichtbare Grundlagen einer erfolgreichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Freiheit und Verantwortung gehören zusammen. Der Staat sorgt für klare, überschaubare und faire Regeln und Rahmenbedingungen sowie den sozialen Ausgleich. Im Gegenzug sollen Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger möglichst viel unternehmerische Freiheit haben. Der BDP sind die mittelständisch denkenden und handelnden Menschen ganz besonders wichtig. Mittelständisches Denken und Handeln ist von nachhaltigem, generationenübergreifendem und solidem Finanzverhalten, Leistungsbereitschaft sowie Verantwortungsbewusstsein der Gemeinschaft gegenüber geprägt. Diesem Mittelstand gilt unsere besondere Aufmerksamkeit. Er muss aktiv vor immer mehr Belastungen geschützt und womöglich entlastet werden. Die urbanen Wirtschaftszentren sind die Motoren der wirtschaftlichen Entwicklung. Es gilt die Voraussetzungen zu schaffen, dass diese im internationalen Konkurrenzkampf bestehen können. Dies liegt auch im Interesse des strukturschwächeren Hinterlandes. Dynamische Zentren wirken als Zugpferde für die Ansiedlung neuer Unternehmungen und fördern damit die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen. Dies gelingt dann besonders gut, wenn Konzernsitze und Entscheidungszentren grosser Unternehmungen, Forschungsbetriebe, Betriebe der Hochtechnologie sowie Fachhochschulen und Universitäten in den Wirtschaftszentren angesiedelt sind. Die sehr gute Verkehrsanbindung zu den wirtschaftlichen Kernregionen ist ein Muss. Ein vielfältiges Angebot in den Bereichen Freizeit und Kultur trägt zur Attraktivität der Zentren bei. Sicherheit für Kultur- und Begegnungsbereiche ist sehr wichtig. Die Kinder- und Familienfreundlichkeit ist dabei gezielt zu fördern durch ein qualitativ hochstehendes Bildungsangebot an den Schulen, verlässliche und flexible Betreuungsstrukturen, ein sicheres Wohnumfeld und bezahlbaren Wohnraum. Die BDP unterstützt die Landwirtschaft, welche einen wichtigen Beitrag zur Ernährungssicherheit leistet. Ihre ökologischen und dem Gemeinwohl dienenden Leistungen sind auch künftig dem Aufwand entsprechend abzugelten. Der Strukturwandel muss in einem sozial und betriebstechnisch vertretbaren Tempo erfolgen. Der Tourismus ist für die wirtschaftliche Stabilität in den Randregionen wichtig. Den Tourismusregionen ist bei den infrastrukturellen Aufgaben weiterhin staatliche Förderung zukommen zu lassen.

## 15 Mobilität

### **Die Mobilität ist für die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung von zentraler Bedeutung. Privater und Öffentlicher Verkehr ergänzen sich.**

Das Verkehrsnetz unseres Landes, sowohl Schiene wie auch Strasse, gehört zu den Lebensadern unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Unsere Einwohnerinnen und Einwohner legen täglich mehrere Wege zurück und sind dabei im Durchschnitt über eine Stunde unterwegs. Sie benutzen dabei Fusswege, Velowege, vor allem aber Strassen und Schienen für den öffentlichen oder den privaten Verkehr. Die Verkehrssysteme in den Agglomerationen stossen dabei heute in der Schweiz an ihre Grenzen. In dieser Situation gilt es, die Mobilität im ganzen Land auszubauen und zu sichern. Städte und Agglomerationen als national und international bekannte Stauschwerpunkte führen zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten und schränken die Lebensqualität der betroffenen Bevölkerung ein. Nur eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur sichert Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze. Es müssen deshalb genügend und konstant Mittel für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur – auf Schiene und Strasse - zur Verfügung gestellt werden. Dabei sind der individuelle und der öffentliche Verkehr gleichermaßen zu fördern. Eine Schwächung des einen würde zu einer Schwächung des Gesamtsystems und somit zur Schwächung des anderen führen. Gleich lange Spiesse für alle Verkehrsteilnehmer und Wirtschaftssubjekte sichern ein sinnvolles Nebeneinander von öffentlichem und privatem Verkehr. Ideologische Barrieren dürfen die Sicherstellung der für die wirtschaftliche Entwicklung nötigen Mobilität nicht behindern. Der systematische Ausbau der Verkehrsinfrastruktur (FABI und NAF) sind ganz im Sinne der BDP. Mobilität für Menschen mit Behinderung ist dabei eine Selbstverständlichkeit.